

Antrag

der AfD-Fraktion

Nahrungsmittelproduktion sicherstellen – EU-Emissionshandel abschaffen und Importzölle auf Düngemittel aus Russland aussetzen

Der Landtag möge beschließen,

- I. Der Landtag stellt fest, dass bezahlbare Düngemittel eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung der landwirtschaftlichen Erträge, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft sowie die mittel- und langfristige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sind. Die Düngerversorgung und die Preisstabilität sind infolge aktueller Verwerfungen an den internationalen Märkten und in den Lieferketten gefährdet, woraus sich Risiken für die Kalkulations- und Planungssicherheit der Betriebe ergeben.
- II. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen,
 1. dass das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) sowie die daraus resultierende Pflicht zum Erwerb von CO₂-Zertifikaten für die betroffenen Industrieanlagen, insbesondere in der chemischen Grundstoff- und Düngemittelproduktion, unverzüglich abgeschafft wird;
 2. dass die Importzölle und sonstigen handelspolitischen Zusatzzölle auf Düngemittel aus der Russischen Föderation unverzüglich ausgesetzt bzw. aufgehoben werden, solange die Durchschnittspreise für Mineraldünger weiterhin deutlich über dem Niveau der Vorjahre liegen.

Begründung:

Zu I:

Deutschland droht in eine erhebliche Knappheit an bezahlbaren Düngemitteln für die Nahrungsmittelproduktion zu geraten. Durch die geopolitischen Blockaden zentraler Seehandelsrouten wie dem Roten Meer und strategischer Meerengen ist der Düngernachschub ins Stocken geraten und die Beschaffungskosten haben sich gegenüber dem Vorjahr bereits drastisch verteuert.¹ Dies kann die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung mittelfristig gefährden und die wirtschaftliche Stabilität landwirtschaftlicher Betriebe weiter schwächen.

¹ Siehe <https://www.topagrar.com/markt/news/deutschland-hat-14-dungerproduktionsstätten-und-bleibt-trotzdem-abhängig-20024966.html>, zuletzt abgerufen am 23.04.2026.

Zu II. 1:

Die innereuropäische Düngemittelproduktion wird durch den EU-Emissionshandel (EU-ETS) systematisch verteuert. Vom EU-ETS sind u. a. Hersteller chemischer Grundstoffe betroffen, darunter auch die Düngemittelindustrie, insbesondere bei Anlagen zur Herstellung von Ammoniak und Salpetersäure. Die Pflicht zum Erwerb von Emissionszertifikaten verursacht erhebliche Zusatzkosten, die unmittelbar in die Produktionskosten einfließen. Durch die politisch festgelegte Verknappung der Zertifikate steigt der Zertifikatspreis tendenziell weiter an; dies verschärft die Kostenbelastung der Industrie von Jahr zu Jahr und schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produktionsstandorte.

Zu II. 2:

Neben den Produktionskosten erhöhen Importzölle auf Düngemittel aus Russland und Belarus die Bezugskosten für landwirtschaftliche Betriebe zusätzlich. Deutschland ist bei wichtigen stickstoffhaltigen Düngemitteln in erheblichem Umfang auf Lieferungen aus Russland angewiesen. Besonders deutlich ist das beim Harnstoff (Urea, HS 310210): Die deutschen Importe beliefen sich im Jahr 2024 insgesamt auf rund 186,1 Mio. US-Dollar, davon kamen 72,3 Mio. US-Dollar aus Russland. Damit lag der Russlandanteil bei ca. 38,9 Prozent – also deutlich über einem Drittel der gesamten Harnstoffimporte.² Auch bei „mineralischen bzw. chemischen Düngemitteln mit Stickstoff“ (HS 310520) ist Russland ein zentraler Lieferant: Von insgesamt 136,3 Mio. US-Dollar Importwert entfielen 32,7 Mio. US-Dollar auf Russland, was einem Anteil von ca. 24 Prozent entspricht.³

In Summe zeigen die 2024er Importdaten, dass Deutschland gerade bei zentralen Stickstoffdüngern weiterhin in relevantem Maß von russischen Liefermengen abhängig bleibt. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Düngerpreise und Verfügbarkeit kurzfristig erheblich kippen können, was unmittelbar die Produktionskosten, die Anbauplanung und damit die Wirtschaftlichkeit landwirtschaftlicher Betriebe beeinflusst. Die EU hat im Jahr 2025 entschieden, die Einfuhr von russischen Agrargütern sowie Düngemitteln mit zusätzlichen Zöllen zu belegen. Für den Startzeitraum 2025 bis 2026 gelten für bestimmte stickstoffbasierte Düngemittel ein Zolltarif von 6,5 Prozent sowie eine Abgabe von 40 bis 45 Euro/Tonne, die stufenweise bis 2028 auf 430 Euro/Tonne ansteigen soll.⁴

Angesichts stark steigender Rohstoff- und Energiekosten ist eine weitere politisch induzierte Verteuerung von Betriebsmitteln zu vermeiden. Die Aussetzung bzw. Aufhebung dieser Zölle kann dazu beitragen, die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln zu stabilisieren und Preissteigerungen abzumildern. Damit wird ein Beitrag zum Schutz der heimischen Nahrungsmittelproduktion und zur Sicherung bezahlbarer Lebensmittel geleistet.

Dresden, 09.06.2026

Jörg Urban, MdL und AfD-Fraktion
i.V. Jan-Oliver Zwerg,
MdL und AfD-Fraktion



Unterschieden von
JAN-OLIVER ALDO ZWERG
am 09.06.2026

² Siehe <https://wits.worldbank.org/trade/comtrade/en/country/DEU/year/2024/tradeflow/Imports/partner/ALL/product/310210>, zuletzt abgerufen am 23.04.2026.

³ Siehe <https://wits.worldbank.org/trade/comtrade/en/country/DEU/year/2024/tradeflow/Imports/partner/ALL/product/310520>, zuletzt abgerufen am 23.04.2026.

⁴ Siehe <https://trade.ec.europa.eu/access-to-markets/en/news/eu-increases-tariff-duties-russian-and-belarusian-imports-agricultural-products-and-fertilizers>, zuletzt abgerufen am 23.04.2026.